

Kontakt Frederic Leers
Telefon +49 220 393 593 – 20
Telefax +49 220 393 593 – 22
E-Mail frederic.leers@bdh-industrie.de

Heizungsbranche fordert verlässliche Investitionsbedingungen für eine nachhaltige Wärmeversorgung

- #CONNECTINGHEAT 2026: Heizungsindustrie und Fachhandwerk drängen auf langfristige Förderung, weniger Bürokratie und fairen Wettbewerb

Köln/Berlin, 16. Oktober 2026 – Nach zwei Jahren des Rückgangs steigt der Absatz von Heizungen in Deutschland 2026 wieder. Treiber dieser Entwicklung ist die Wärmepumpe. Vor diesem Hintergrund fordert die Heizungsbranche die Bundesregierung auf, Investitionshemmnisse im Wärmemarkt weiter konsequent abzubauen. Anlässlich der gestern zu Ende gegangenen #CONNECTINGHEAT 2026 – Deutsche Wärmekonferenz setzt sich die Branche für eine langfristig berechenbare Förderung, einfachere Verfahren und faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den verschiedenen Heizsystemen ein. Ziel ist es, Eigentümern sichere Investitionsentscheidungen zu ermöglichen und Heizungsherstellern sowie SHK-Fachbetrieben eine verlässliche Perspektive für Produktion, Innovation und Beschäftigung zu geben.

Förderung langfristig sichern und Investitionen ermöglichen

Wer seine Heizung modernisiert, trifft eine Investitionsentscheidung für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, die über Legislaturperioden hinweg Bestand haben. Die bestehende BEG-Förderung ist ein Erfolgsmodell. Die Heizungsindustrie appelliert daher an die Bundesregierung, die Heizungsförderung langfristig ausreichend zu finanzieren und verlässlich auszugestalten.

Die Branche warnt davor, Investitionsbereitschaft durch kurzfristige Änderungen erneut zu schwächen. Etwaige Anpassungen brauchen eine frühzeitige Kommunikation und praktikable Übergangsregelungen. Nach vier Jahren der intensiven und emotionalen Debatten um die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Wärmemarkt, will die Branche „Ins Machen kommen!“ und fordert Stabilität und Kontinuität über Wahlperioden hinweg.

Förderverfahren vereinfachen und Fachbetriebe entlasten

Die Heizungsbranche drängt darauf, die Förderung im Alltag leichter nutzbar zu machen. Sie fordert verständliche Anforderungen, weniger Nachweise und zügige Verfahren von

der Antragstellung bis zur Auszahlung. Vertragsschluss, Förderantrag und Umsetzung müssen eindeutig aufeinander abgestimmt sein. Auch bei längeren Liefer- oder Montagezeiten brauchen Kunden und Betriebe Klarheit über die geltenden Förderbedingungen.

Stromkosten senken und Wärmepumpen noch attraktiver machen

Auch die Entwicklung der Energiekosten sind entscheidend für die Wirtschaftlichkeit moderner Heizsysteme. Der BDH begrüßt daher das Vorhaben von Bundeskanzler Friedrich Merz, die Stromsteuer für alle Bürgerinnen und Bürger auf das europäische Mindestniveau abzusenken. Dies würde den Betrieb von Wärmepumpen wirtschaftlich noch attraktiver machen. Zugleich würde die Bundesregierung damit eine langjährige Forderung des BDH erfüllen, die der Verband unter Verweis auf den Koalitionsvertrag wiederholt bekräftigt hat.

Wahlfreiheit und Investitionsschutz gewährleisten

Die Heizungsbranche setzt sich weiterhin dafür ein, dass kommunale Wärmeplanung Investitionen ermöglicht und Unsicherheiten beseitigt. Eigentümer brauchen belastbare Informationen zu Anschlusszeitpunkten, Kosten und Versorgung. Prüfgebiete und unklare Ausbauperspektiven dürfen notwendige Heizungsmodernisierungen nicht auf unbestimmte Zeit blockieren. Wer gesetzeskonform in eine dezentrale Heizung investiert, braucht Rechtssicherheit und Bestandsschutz.

Die Branche lehnt Anschluss- und Benutzungszwänge ab und fordert, dezentrale klimafreundliche Heizungen auch in Fernwärmeversorgungsgebieten zu fördern. Vor der Förderung neuer oder erweiterter Wärmenetze verlangt sie einen technologieoffenen Vergleich der Gesamtkosten mit dezentralen Lösungen und vorhandenen Infrastrukturen.

Maßgeblich sind Wirtschaftlichkeit, Klimawirkung und Versorgungssicherheit. Die Heizungsbranche fordert die Bundesregierung auf, Wahlfreiheit, transparente Wärmepreise und faire Vertragsbedingungen zu gewährleisten. Mieterschutz und Investitionsanreize müssen so zusammenspielen, dass sie bezahlbares Wohnen und die Modernisierung des Gebäudebestands gleichermaßen unterstützen.

Erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz gemeinsam voranbringen

Die Heizungsbranche fordert, Technologieoffenheit in konkrete, tragfähige Modernisierungsoptionen zu übersetzen. Für die Biotreppe sowie Grüngas- und Grünölquoten braucht es klare, aufeinander abgestimmte Regeln. Herkunftsnachweise, Anrechnung und Kontrollen müssen zuverlässig und mit vertretbarem Aufwand umsetzbar sein.

Zugleich setzt sich die Branche dafür ein, Hybridlösungen und Effizienzmaßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Wohnungslüftung mit Wärmerückgewinnung und der hydraulische Abgleich senken den Energieverbrauch und damit den Bedarf an erneuerbaren Energieträgern. Diese Einsparungen müssen in den gesetzlichen Vorgaben und Förderinstrumenten anerkannt werden.

Europäische Wertschöpfung und Beschäftigung sichern

BDH und ZVSHK unterstreichen, dass eine nachhaltige Wärmeversorgung auch eine industrie- und beschäftigungspolitische Aufgabe ist. Investitionen in moderne Heiztechnik stärken die gesamte Wertschöpfungskette – von Herstellern und Zulieferern über den Großhandel bis zum Fachhandwerk. Verlässliche Nachfrage schafft die Grundlage dafür, Standorte und Kapazitäten weiterzuentwickeln.

Die Branche fordert die Bundesregierung auf, sich für faire Wettbewerbsbedingungen und eine gemeinsame europäische Industriepolitik einzusetzen. Ziel müsse sein, eine Modernisierung der Wärmeversorgung zu ermöglichen, die Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland und Europa sichert.

#CONNECTINGHEAT - Deutsche Wärmekonferenz 2026

Unter dem Leitmotiv „Ins Machen kommen!“ brachte die #CONNECTINGHEAT am 14. und 15. Oktober 2026 in der Alten Münze in Berlin die Heizungsbranche mit Vertretern der Bundesregierung, Wissenschaft und weiteren Akteuren zusammen. Veranstalter ist der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie, gemeinsam mit den Partnern Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK), der Wirtschaftsvereinigung Gebäude und Energie (VdZ) sowie Gesamtverband OfenBau (GVOB). Die Konferenz schafft ein Forum, um Rahmenbedingungen und praktische Umsetzung zusammenzuführen und Investitionen in eine nachhaltige Wärmeversorgung voranzubringen.

Über den Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie:

Der BDH ist der Gesamtverband der Heizungsindustrie. Als reiner Herstellerverband stehen wir für den gesamten heiztechnischen Lösungsraum. Im Dialog mit der Politik zeigen wir Lösungswege zur erfolgreichen Umsetzung der Wärmewende im Gebäudesektor auf, bezahlbar und sozialverträglich. Die Mitgliedsunternehmen des BDH beschäftigten im Jahr 2025 rund 100.000 Mitarbeiter. Auf den internationalen Märkten nehmen die BDH-Mitgliedsunternehmen eine Spitzenposition ein und sind technologisch führend.